

Bericht aus Berlin

Norbert Brackmann informiert

Newsletter
Mai 2013

Liebe Freunde,

auf mehreren Veranstaltung im Wahlkreis bin ich auf die **Steuererhöhungspläne der Grünen** angesprochen worden.

Kritik an diesen Plänen kommt nicht nur von unserer Fraktion, sondern auch von zahlreichen Verbänden.

Hier nur eine kleine Auswahl:

„Kampfansage an die Mittelschicht“, so der Bund Dt. Steuerzahler;

„Eine Wachstumsbremse sind die Pläne der Grünen“ kritisierte der Zentralverband des deutschen Handwerks;

„Rot-Grün bedroht zwei Millionen Arbeitsplätze“, so der Dt. Industrie- und Handelskammertag.

Man kann nur hoffen, dass die Grünen-Steuerpläne - u.a. Veränderung der Steuerzonen bis 45% ab 60.000 €, Spitzensteuersatz 49% statt 42% ab 80.000 € - niemals Wirklichkeit werden, denn dies würde zu Mehrbelastungen der Mittelschicht, der Familien und der Unternehmen führen.

Nach Berechnung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung würden alle grünen Steuererhöhungen, also inklusive Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einer Vermögensabgabe, eine durchschnittliche Mehrbelastung von 36% für die Unternehmen bedeuten.

Arbeitnehmer und Selbständige mit einem Jahreseinkommen von mehr als 62.000 Euro müssten nach den Steuerplänen der Grünen mit einer höheren Steuerlast rechnen. Das heißt **jeder der Eheleute** würde schon bei einem monatlichen Bruttolohn von rd. 2600 Euro (durchschnittl. Bruttolohn in Deutschland 2620,85 €) mehr Steuern zahlen.

Laut Schaubild (s.u.) müsste ein alleinstehender Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen von 80.000 Euro, der derzeit bereits eine Einkommensteuerlast von 26.800 Euro hat, nochmals 1.000 Euro mehr Steuern zahlen – ginge es nach den Grünen. Bei einem Jahreseinkommen von 70.000 Euro wären 348 Euro mehr fällig. Auch ein berufstätiges Ehepaar ohne Kinder würde eine jährliche Mehrbelastung inklusive Soli von 787 Euro haben. Und selbst ein berufstätiges Ehepaar mit Kindern müsste bei einem Jahreseinkommen von 90.000 Euro rund 810 Euro mehr zahlen.

Belastung beim geltenden Einkommensteuertarif 2013 und dem Vorschlag der Grünen
(Erhöhung Grundfreibetrag auf 8.712 €, Verlängerung der 2. Progressionszone bis 45% ab 60.000 €, 3. Progressionszone; Spitzensteuersatz 49% ab 80.000 €)

Zu versteuerndes Einkommen	Einkommen-Steuerlast 2013 in €	Einkommen-Vorschlag Grüne in €	Zusatzlast durch Grüne im Jahr in €
62000	18824	18837	13
65000	20154	20283	130
70000	22369	22736	367
80000	26800	27800	1000
90000	31231	33392	2161
100000	35662	38561	2899
150000	57817	64409	6592
200000	79972	90256	10284

Quelle: Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, 29. April 2013

Damit nicht genug. Die Grünen wollen auch das Ehegattensplitting stufenweise abschmelzen – nur noch Einkommen bis zu 60.000 Euro jährlich sollen wie bisher rechnerisch auf beide Ehegatten aufgeteilt werden. Nach Berechnung des Karl-Bräuer-Instituts

wären, wenn einer der Partner kein Geld verdient, bei zwei Kindern und einem Monatseinkommen von 6200 Euro Mehrbelastungen von 116 Euro möglich, bei Monatsbezügen von 8000 Euro sogar 301 Euro.

Die SPD steht den Grünen in Sachen Steuererhöhungs-Pläne nicht nach. Ihre Pläne mit der Beibehaltung des bisherigen Spitzensteuersatzes von 42% bis 64.000 Euro, dem Einbau einer dritten Progressionsstufe und Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49% ab 100.000 Euro fallen etwas moderater aus als bei den Grünen, aber auch sie wollen an das Geld der Mittelschicht, der Familien und Unternehmen.

Mit der CDU wird die Steuerbelastung nach der Wahl nicht erhöht. Wir halten schon 2012 die Vorgaben der Schuldenbremse ein und wollen ab 2015 keine neuen Schulden mehr machen. Darüber hinaus zeigt auch die Steuerprognose vom Mai 2013 deutlich: Die Steuereinnahmen gehen über die nächsten Jahre deutlich nach oben, wenn unsere Konjunktur so bleibt und der Arbeitsmarkt sich weiter so gut entwickelt.

Leistung muss sich daher weiter lohnen.

Wir wollen die kalte Progression (schleichende Steuererhöhung: wenn trotz Lohnerhöhung unter dem Strich weniger netto vom Lohn übrig bleibt, weil ein höherer Steuertarif und die Inflation den Gehaltszuwachs auffressen) beseitigen und so die Steuerzahler entlasten. Auch dies hat Rot-Grün bisher verhindert. Völlig unverständlich und zum Nachteil der Bürger.

Hinzu kommt: Steuererhöhungen, wie Rot-Grün sie plant, erschüttern das gute Investitionsklima und bestrafen gerade die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die den Wohlstand in Deutschland sichern!

Bewerbungsstart für das Parlamentarische Patenschafts-Programm in 2014/2015

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) ist ein gemeinsames Programm des

Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA. Das Programm richtet sich an Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren und an junge Berufstätige und Auszubildende bis 24 Jahre.



Die Freiheitsstatue im New Yorker Hafen © dpa

Ziel des PPP ist es, der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, auf anschauliche Weise zu vermitteln.

Das PPP-Stipendium ermöglicht einen einjährigen Aufenthalt in den USA.

Ich freue mich, interessierte Jugendliche nominieren zu dürfen und sie als Pate in der Zeit des Stipendiums zu betreuen – daher auch der Name des Programms. Meine Aufgabe ist es Ansprechpartner zu sein, die "Patenkinder" der Öffentlichkeit im Wahlkreis vor zu stellen, sie zu politischen Veranstaltungen ein zu laden und während der Austauschzeit den Kontakt zu ihnen zu halten.

Alle nötigen Informationen erhalten die Interessierten unter folgendem Link:

http://www.bundestag.de/bundestag/europa_international/internat_austausch/ppp/erklaerung.html

oder über mein Berliner Büro.

Bewerbungsschluss ist der 13. September 2013.

Wahlerfolg - Ein guter Start in den Wahlmarathon in diesem Jahr

Einstimmig bin ich am Montag zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) gewählt worden. Die BImA ist der größte Immobilienbesitzer Deutschlands.